

Aus der  
Diskussion auf der  
Delegierten-  
konferenz der  
Parteiorganisation  
Karl-Marx-  
Universität

Genosse Juhl,  
Student der Veterinärmedizin:

## Wir wollen die Parteibeschlüsse besser studieren

Ich möchte an Hand des Beispiels der Seminargruppe 3 unseres 2. Studienjahres darstellen, wie wichtig es ist, daß die Genossen ein klares Kampfziel haben und daß über dieses Kampfziel wirklich ideologische Klarheit bei allen herrscht.

Die Seminargruppe hat im Landeinsatz vorbildlich gearbeitet und wurde ausgezeichnet. Der Schwung hielt noch einige Zeit an. Die Gruppe rief das Studienjahr zum Wettbewerb auf, und dieser Wettbewerb wurde dann im Laufe des Semesters mehr oder weniger gut kontrolliert, spielte aber — jedenfalls in unseren beiden Seminargruppen — nicht die Rolle, daß wir sagen könnten, er habe uns wesentlich weitergeholfen. Vor allen Dingen kam das daher, daß zu Beginn des Studienjahres bei den Genossen der Seminargruppe 3 und auch bei uns nicht die Zielstellung klar war, warum wir diesen Wettbewerb durchführen.

Wir in der Seminargruppe 3 haben uns zusammengesetzt, einen Kampfpfad ausgearbeitet und uns das Ziel gestellt, das Physikum mit einem Semindurchschnitt von 2,2 zu bestehen. In der Seminargruppe 3 war die Zielstellung nicht so hoch wie bei uns.

Es zeigte sich, daß die Genossen der Seminargruppe 3 über den Inhalt des sozialistischen Wettbewerbs keine völlige Klarheit hatten, denn als es zur Wahl der Studienjahresleitung kam, waren sie nicht bereit, ihre erfahreneren Freunde dem Studienjahr zur Verfügung zu stellen, sondern haben sie alle in ihre Gruppenleitung gewählt. Aber der sozialistische Wettbewerb beinhaltet doch, daß die besten Freunde anderer Seminargruppen weiterhelfen.

Wir haben in der Parteigruppe diese Unklarheiten aufgegriffen. Anfangs wurde uns von den Genossen der Seminargruppe 3 entgegengedehnt: „Wir sind doch alles noch junge Genossen, wir haben keine Partierfahrung.“

Wir haben über all diese Probleme diskutiert, und es stellte sich heraus, daß die Fehler, die in der Seminargruppe gemacht wurden, vielmehr auf mangelndes Studium der Parteimaterialien und der Parteibeschlüsse zurückzuführen sind. Wir wollen uns deshalb im Rahmen der Parteigruppe zusätzlich zum Parteilehrjahr weiter intensiv den Marxismus aneignen, unter Anleitung der Genossen des Grundstudiums zusätzlich marxistische Literatur studieren und Parteibeschlüsse zusätzlich in Parteitagsversammlungen auswerten.

Ich denke, daß die Partierfahrung fehlt, spielt durchaus eine Rolle, aber man darf sich nicht dahinter verstecken und damit die eigene Weiterentwicklung hemmen.

Genosse Dr. Poeggel, Sekretär der Grundorganisation Juristenfakultät:

## Warum oft der Mut zu neuen Fragen fehlt

Die Parteileitung unserer Fakultät mußte feststellen, daß sie die Führung auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Arbeit nicht in der Hand gehabt hat und daß vor allen Dingen die Leitungsmittel der selbst in der wissenschaftlichen Arbeit nicht an der Spitze standen. Erst in Vorbereitung der Wahlversammlung und in einer Beratung mit den Genossen Wissenschaftlern sind wir dazu übergegangen, diesen Problembereich aufzugreifen. Dabei zeigte sich, daß die Hemmnisse im zügigen Voranschreiten der Arbeiten in ideologischen Unklarheiten der Genossen zu suchen sind, das heißt insbesondere in der ungenügenden Beherrschung der Werke der Klassiker und der ungenügenden schöpferischen Aneignung der Dokumente unserer Partei.

Es ist natürlich klar, daß man, um neue Fragen aufzuwerfen, mit denen große Diskussionen verbunden sind, den Mut dazu haben muß. Aber diesen Mut werden die Genossen vor allen Dingen dann haben, wenn sie sich bei der Arbeit an ihren Problemen auf die Klassiker des Marxismus und die Dokumente unserer Partei stützen. Dann erhalten sie die richtige Orientierung, dann haben sie auch die Sicherheit, daß die Fragen, die sie aufwerfen, den Forderungen der Partei entsprechen.

In den Parteitagsgruppen Völkerrecht und Grundlagenstudium sowie im Institut für Staatstheorie und Staatsrecht gab es im Zusammenhang mit der Habilitation des Genossen Prof. Arzinger und der Vorlesung „Staatsrecht“ einige Auseinander-

Universitätszeitung, Nr. 28, 17. 5. 1962, S. 4

# Die Wahrheit siegt im Streit der Meinungen

Aus dem Diskussionsbeitrag des Genossen Siegfried Förster, Sektorenleiter in der Abteilung Wissenschaften beim Zentralkomitee

Darvon ausgehend, daß das nationale Dokument im Rechenschaftsbericht eine bedeutsame Rolle spielte und die Klarheit über die darin aufgeworfenen Grundfragen die wesentlichste Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung aller Aufgaben an der Universität ist, führte Genosse Förster aus:

Die Völker, die mit dem deutschen Imperialismus ihre bitteren Erfahrungen gemacht haben, bringen immer wieder deutlich zum Ausdruck, daß diese Erfahrungen noch sehr lebendig sind. „Wir wollen nicht, daß von Westdeutschland ein dritter Weltkrieg ausgeht!“ — das war die Antwort zum Beispiel der englischen Arbeiter an Brandt, der für das letzte Risiko eintritt.

Das nationale Dokument findet international große Beachtung, da es mit dem Wunsche der Völker nach Erhaltung des Friedens völlig übereinstimmt und weil es den Weg zeigt, wie in Deutschland eine friedliche Entwicklung gesichert werden kann. Es wird in zunehmendem Maße auch in anderen Ländern erkannt, daß die Lösung der nationalen Frage in Deutschland keineswegs mit der Beilegung eines Hauskampfes zu vergleichen ist, der vielleicht dadurch zu regeln ist, daß man — wie das Genosse Böhmé bereits in seinem Referat sagte — beiderseits einige Plätze zurücksteckt. Diese Situation und die Tatsache, daß sich heute in Deutschland zwei Staaten feindlich gegenüberstehen, zwingen uns, Bilanz zu ziehen, dem ganzen Volke bewußt zu machen, welchen Inhalt die nationale Frage in Deutschland hat. Es kommt darauf an, Illusionen und falsche Meinungen zu überwinden, die, von der generellen Propaganda genährt, auch noch unter Angehörigen der Karl-Marx-Universität bestehen.

In dem vom Nationalrat zur Diskussion vorgelegten Dokument wird mit wissenschaftlicher Exaktheit eine solche historische Bilanz gezogen und werden die Grundlagen unserer nationalen Politik für eine ganze historische Etappe entwickelt. Das Dokument weist nach, daß mit der Politik der Wiederherstellung des Imperialismus in Westdeutschland 1945 systematisch die Spaltung Deutschlands betrieben wurde. Doch das Dokument bleibt bei diesem Nachweis nicht stehen; es geht weiter zurück und zeigt, daß der Grundwiderspruch in Deutschland älter ist als die Spaltung in zwei deutsche Staaten — daß dieser seit Jahrzehnten schon existiert, und zwar zwischen der internationalen Politik des Großbürgertums einerseits und den Interessen der Nation andererseits.

Das nationale Unglück begann nicht mit der Spaltung nach 1945, es begann bereits, als in der Revolution von 1848 die deutsche Bourgeoisie das Volk verriet. Es ist eine Besonderheit unserer Geschichte, daß bereits im 19. Jahrhundert das nationale Kampfprogramm von den Vertretern der Arbeiterklasse verfochten wurde. Das war so 1848, als der Bund der Kommunisten unter der Führung von Marx und Engels zum Kampf um die eine demokratische Republik aufrief; das war so in den 60er Jahren, als die Partei der Eisenacher mit Bebel und Liebknecht an der Spitze für den demokratischen Weg der Einigung Deutschlands kämpfte, während sich die Bourgeoisie wiederum vor ihrer eigentlichen historischen Aufgabe drückte und dem preußischen Militärstaat die Einigung Deutschlands mit Blut und Eisen überließ. Es entstand der reaktionäre, aggressive, chauvinistische deutsche Staat, und es begann der Leidensweg des deutschen Volkes durch zwei Weltkriege, durch Krisen, Inflation und faschistische Barbarei. Stets war es wieder die Arbeiterklasse und waren es ihre hervorragenden Vertreter, die in schweren, entscheidenden Stunden

der nationalen Entwicklung als die wahren Sachwalter der Nation auftraten. Niemals vertrat die Arbeiterklasse Sonderinteressen gegenüber denen der Nation. Ihre Interessen stimmten immer mit denen des Volkes überein.

Auf der anderen Seite gab die Großbourgeoisie ihre egoistischen Klasseninteressen für die der Nation aus, sie hetzte das Volk im Interesse ihrer verbrecherischen Raubpläne in die beiden Weltkriege und gab das dann als Kampf für das Vaterland aus. Ihre Parteien und Organisationen betrieben und betreiben heute noch in Westdeutschland systematisch diese chauvinistische Verhetzung des Volkes, diesen Betrug am Volke. Vom Alldeutschen Verband über die Nazi-Partei zur Adenauer-CDU geht da eine gerade Linie. Je maß-



loser die Ziele der Großbourgeoisie waren, um so größer wurden die Leiden des Volkes, um so kleiner wurde Deutschland.

### Über die eigene Vergangenheit nachdenken

Es ist nicht möglich, das Grundproblem, um das es heute in Deutschland geht, allen Menschen verständlich zu machen, wenn man nicht die Lehren aus der Geschichte zieht. Das Wort „Denken ist die erste Bürgerpflicht“ gilt nicht nur auf ökonomischem Gebiet, trifft nicht nur dort zu, sondern auch — und in erster Linie! — auf die grundlegenden Lehren, die uns die letzten hundert Jahre der Geschichte vermittelt haben. Jeder und namentlich die Älteren sollten über ihre eigene Vergangenheit nachdenken. Jeder muß gründlich über die Lehren nachdenken, und wir müssen die richtigen Schlussfolgerungen ziehen.

Das nationale Dokument ist dafür ein hervorragendes Hilfsmittel. Es hilft uns, solche Illusionen zu beseitigen, wie sie noch in der Meinung zum Ausdruck kommen, jeder der beiden deutschen Staaten müsse etwas nachgeben, und so müßte gewissermaßen ein dritter Weg gefunden werden, auf dem die Wiedervereinigung zustande käme.

Diese geschichtliche Analyse im nationalen Dokument zeigt, daß es zwischen der imperialistischen Politik der Aggressionen, des Revanchismus und des Antikommunismus einerseits und dem Weg der demokratischen Kräfte andererseits keinen dritten Weg gibt.

Nicht nur an der Karl-Marx-Universität, sondern auch an anderen Hochschulen wird

die Frage nach dem Vaterland, auch nach der Heimat der deutschen Wissenschaft, diskutiert. Wir sollten uns die Beantwortung dieser Frage nicht zu leicht machen. Es gibt viele Beziehungen zwischen den Menschen, die von uns beachtet werden müssen; solche Beziehungen können verwandtschaftlicher, wissenschaftlicher oder sonstiger Art sein; sie können aus Verbundenheit mit früheren Wirkungsstätten oder aus dem persönlichen Leben herrühren. Bei diesen vielschichtigen Beziehungen fällt es hoch manchem Wissenschaftler schwer, das Wesentliche, das Bestimmende zu sehen.

### Nachweisen, wo das Vaterland der deutschen Wissenschaft ist

Wir dürfen es ihm daher nicht durch vereinfachte Fragestellung, durch oberflächliche oder einseitige Argumentation nicht noch schwerer machen, zu richtigen Erkenntnissen zu kommen. Zum Beispiel dürfen wir nicht bei der Erklärung stehenbleiben, daß das Vaterland aller guten Deutschen, so auch das Vaterland der deutschen Wissenschaft, die DDR ist.

Wir befinden uns in Deutschland in einem großen gesellschaftlichen Umwandlungsprozeß, und die Perspektive besteht darin, durch die Formierung aller fortschrittlichen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse in Westdeutschland solche Bedingungen zu schaffen, unter denen wir das ganze Deutschland unser Vaterland nennen können.

Wir müssen es verstehen, unseren Menschen überzeugend nachzuweisen, daß sich der Begriff Vaterland nicht nur auf die Tante, auf Heidelberg, auf den Schwarzwald reduziert und davon bestimmt wird, sondern daß das Vaterland dort ist, wo die Werktätigen die Macht ausüben, wo die Ursachen für die Ausbeutung beseitigt sind und alle Bestrebungen dieses Staates auf Wohlstand und Glück des Volkes, auf gesellschaftlichen Fortschritt, auf Sozialismus und Frieden gerichtet sind.

Das bedeutet, daß wir uns tiefer in die Gedankenwelt der Wissenschaftler und Studenten versetzen, ihre Gefühle beachten und noch besser berücksichtigen.

Das bedeutet, daß wir keine Grobheiten und Vereinfachungen zulassen. Wir möchten damit sagen, Genossen, daß wir nicht nur über den Geist des nationalen Dokuments reden, sondern in seinem Sinn und Geist unsere ideologische und politische Überzeugungsarbeit gestalten sollten.

Es entspricht dem Sinn und dem Geist des nationalen Dokuments, wenn wir im Streit der Meinungen der Wahrheit zum Siege verhelfen. Ich komme damit auf eine wichtige Aufgabe zu sprechen, die darin besteht, an den Universitäten, so auch an der Karl-Marx-Universität, in umfassender Weise den Meinungsstreit über wissenschaftliche und ideologische Fragen zu entwickeln. Die Parteiorganisation muß hier gerade in einer sehr klugen und zielstrebigsten Weise ihre führende Rolle verwirklichen.

### Die Erfahrungen der Jenaer Universität nutzen

Wir schlagen den Genossen vor, den Meinungsstreit, der an der Jenaer Universität geführt wurde, insbesondere die Erfahrungen dieser Parteiorganisation, sehr gründlich zu studieren. Gewiß, Leipzig ist nicht Jena, aber ein altes und bewährtes Prinzip der Partei ist und bleibt, die Erfahrungen der anderen gründlich zu studieren und die besten Methoden der Arbeit im eigenen Bereich schöpferisch anzuwenden.

Obwohl das Politbüro des Zentralkomitees in seinem Bericht auf der 15. Tagung des ZK gerade dieses Beispiel hervorgehoben hat, hat man an der Karl-Marx-Universität die Bedeutung des Meinungsstreites noch nicht in genügendem Maße Rechnung getragen. Und die „Universitätszeitung“ hat sich noch nicht entschließen können, die wichtigsten Beiträge der Jenaer Diskussion, die von grundsätzlichem Charakter sind, zu erwähnen.

Das Zentralkomitee mißt dem Meinungsstreit in Jena vor allem deshalb so große Bedeutung bei, weil dadurch erstens die Kampfkraft der Parteiorganisation erhöht wurde. An jeden Genossen wurden hohe Anforderungen in Bezug auf seine politische Haltung und seine Einsatzbereitschaft gestellt. Er mußte vor seinen parteilosen Kollegen seinen Standpunkt und war veranlaßt, schöpferisch an der Diskussion teilzunehmen. Das wurde von den Jenaer Genossen in der überwiegenden Mehrzahl ausgezeichnet gemessen.

Zweitens: Die Rolle der Gesellschaftswissenschaftler und Propagandisten wurde klarer, da sie nun den konkreten Auftrag vor sich sahen, in Auseinandersetzungen mit andersartigen Anschauungen den Marxismus-Leninismus nicht nur zu verteidigen, sondern offensiv zu vertreten. Es gibt Beispiele, wo Dozenten des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums innerhalb von wenigen Stunden ihre Vorlesungen auf Grund der Veröffentlichungen umstellten. Das ist den Genossen ausgezeichnet gelungen. Jetzt halten auch Angehörige des Instituts für Marxismus-Leninismus fakultative Vorlesungen, die sich sehr regen Zuspruchs erfreuen, auch seitens parteiloser Professoren verschiedener Fakultäten.

Der dritte Gesichtspunkt besteht darin, daß durch diesen Meinungsstreit die Autorität der Partei und das Ansehen der Genossen an der Universität bei den partel-

losen Wissenschaftlern beträchtlich gewachsen ist. Sie schätzen unsere Konsequenz mit der wir auftraten, und die Überzeugungskraft, die vom Marxismus-Leninismus ausgeht. Und das ist kaum besser zu demonstrieren als mit der Rede, die der Nationalpreisträger Herr Prof. Dr. Steenbeck vor einiger Zeit an der Universität Jena gehalten hat und die auch in der letzten Nummer der „Einheit“ abgedruckt ist.

Viertens: Mit dem Meinungsstreit in Jena, der ja an sich keine neue Erscheinung in unserer Republik ist, wird für alle wissenschaftlichen Einrichtungen der Weg gewiesen, wie das von der Partei seit Jahren gefordert wurde: geistige Leben an unseren wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt werden kann und entwickelt werden muß.

### Was dem Meinungsstreit schadet

Die Jenaer Erfahrungen zeigen jedoch auch noch etwas anderes, was dem Meinungsstreit beträchtlich schaden kann.

Einige Genossen gingen davon aus, daß der Meinungsstreit mit administrativen Konsequenzen verbunden sein oder diese zur Folge haben müsse. Das ist natürlich völlig falsch. Unsere Meinungen tauschen wir mit Menschen aus, die mit uns in einer Front stehen. Das sind sozusagen Familiengespräche darüber, wie wir es uns in der Republik und wie wir es uns in der Wissenschaft besser einrichten können und wollen, wie wir besser vorankommen werden. Die falsche Auslegung von Streitgesprächen im Sinne eines Streites zwies sich feindlich gegenüberstehenden Seiten schadet uns und ist abzulehnen. Die Genossen am Institut für Deutsche Literaturgeschichte an der Karl-Marx-Universität sollten sich überlegen, ob ihrem Zurückweichen vor Auseinandersetzungen nicht eventuell auch Gedanken zugrunde liegen, die darauf hinauslaufen, daß man es sich nicht leisten könne, jemanden zu verlieren. Aber das hat mit Meinungsstreit überhaupt nichts zu tun. Wir gehen nicht so heran, daß wir sagen, wir können den Professor nicht kritisieren, weil am Ende der Kritik seine Emeritierung oder was weiß ich steht. Wir müssen so herangehen: Was hindert uns in der Wissenschaft, was müssen wir beseitigen, damit es besser vorwärtsgeht. Und das nicht gegen, sondern mit unseren Kollegen Professoren, Dozenten, Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Eine weitere im Zusammenhang mit dem Meinungsstreit aufgetretene Ansicht besteht darin, daß man glaubt, das Ansehen des Wissenschaftlers und seiner Person könnte darunter leiden, wenn seine philosophischen oder fachlichen Meinungen zum Gegenstand der Kritik werden. Dazu muß man sagen, daß bei Wahrung der im wissenschaftlichen Streitgespräch üblichen Gepflogenheiten dazu absolut kein Grund besteht. Es gibt eine Anzahl von sehr bekannten Wissenschaftlern, ich erinnere mich hier an Professor Havemann, der im Vorwort eines Buches von Alfred Piefer sich dazu geäußert hat, daß viele bekannte Wissenschaftler von sich sagen, gerade die Kritik ihrer früheren Ansichten habe ihnen zu neuen Erkenntnissen und zu neuen wissenschaftlichen Leistungen verholfen, und man brauche sich nicht zu schämen, auch einen lange vertretenen Standpunkt, an dem man sich gewöhnt hat, aufzugeben zu haben.

Ein weiterer Gedanke im Zusammenhang mit dem Meinungsstreit besteht in folgendem: Wir verstehen unter wissenschaftlichen Meinungsstreit nicht Diskussionen beliebiger Art. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Auffassungen ist nicht nur eine Form der Wahrheitsfindung, sondern wird wesentlich vom Gegenstand dieser Diskussion und von ihrem Inhalt bestimmt.

Als Kriterium für den Meinungsstreit betrachten wir seine Wirksamkeit bei der Überwindung von Hemmnissen ideologischer, fachlicher und weltanschaulicher Art. Wir müssen ihn als ein Entwicklungsmittel betrachten und entsprechend handhaben — das heißt sehr behutsam, mit großer Sorgfalt und Gründlichkeit, mit Überlegung und richtigem taktischem Geschick.

Wir führen den Meinungsstreit, um rascher, sicherer und erfolgreicher in der Entwicklung der Wissenschaft und des sozialistischen Bewußtseins voranzukommen.

Genosse Förster verriet, soeben u. a. darauf, den Problemen der massenpolitischen Arbeit, insbesondere der Arbeit der Parteimitglieder in der Gewerkschaft, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Zum Schluß führte er aus:

Die Karl-Marx-Universität als eine der größten und bedeutendsten Universitäten in Europa verdammt ihr Ansehen dem Wirklichen hervorragenden Wissenschaftler und natürlich auch dem Wirken eurer Parteiorganisation. Man kann sagen, daß die Umwandlung zur sozialistischen Universität bei euch erfolgreich voranschreitet. Der Gegner überschüttet euch dafür mit Schmützkübeln. Er bezeichnet die Karl-Marx-Universität als „kommunistische Kadernschule“. Wir sind auf dem besten Wege, für den Sozialismus in der Forschung, in der Ausbildung und im Studium Angemessenes zu leisten.

Genosse Förster gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die Parteiorganisation der Karl-Marx-Universität des in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen wird. Die brüderlichen Kampfgespräche des Zentralkomitees überbringen, wünschte er der Parteiorganisation in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit neue große Erfolge und allen Genossen Gesundheit und persönliches Wohlergehen.